



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2008

Stiftung oder Eigenkirche? Der Umgang mit Forschungskonzepten und die sächsischen Frauenklöster im 9. und 10. Jahrhundert

Moddelmog, Claudia

DOI: <https://doi.org/10.1524/9783050049823.215>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-65072>

Book Section

Originally published at:

Moddelmog, Claudia (2008). Stiftung oder Eigenkirche? Der Umgang mit Forschungskonzepten und die sächsischen Frauenklöster im 9. und 10. Jahrhundert. In: Huschner, Wolfgang; Rexroth, Frank. Gestiftete Zukunft im mittelalterlichen Europa: Festschrift für Michael Borgolte zum 60. Geburtstag. Berlin: Akademie Verlag, 215-243.

DOI: <https://doi.org/10.1524/9783050049823.215>

Stiftung oder Eigenkirche?

Der Umgang mit Forschungskonzepten und die sächsischen Frauenklöster
im 9. und 10. Jahrhundert

Von

Claudia Moddelmog

Über „Stiftung“ und „Eigenkirche“ zu sprechen oder schreiben ist ebenso einfach wie kompliziert. Den Gebrauch beider Wörter zeichnet eine hohe Uneindeutigkeit aus, sie werden in der historischen Forschung nicht selten synonym oder komplementär verwendet, wenn etwa vom „Stifter einer Eigenkirche“ die Rede ist. Als Begriffe aber bilden „Eigenkirche“ und „Stiftung“ einen Gegensatz, beziehen sich auf unterschiedliche Konzepte und – so zumindest dem Anspruch nach – unterschiedliche historische Phänomene. In dieses terminologisch-konzeptuelle Gewirr hat Michael Borgolte schon häufiger klärend einzugreifen versucht¹. Dies weiterzuführen, ist ein Anliegen dieses Beitrages. Der konkrete historische Gegenstand, der dabei in den Blick genommen wird, ist die Gründungswelle sächsischer Frauenkonvente, die um 800 ihren Anfang nahm.

Zu Beginn sei grob skizziert, was unter dem Gegensatz von „Eigenkirche“ und „Stiftung“ verstanden werden soll und wie dieser forschungsgeschichtlich verankert ist. Den Begriff der „Eigenkirche“ hat 1894 Ulrich Stutz mit plastischer Beschreibung und großem Erfolg in die historische Forschung eingeführt: „Auf dem Grund und Boden eines wohlhabenden Germanen steht eine Kirche. Sie ist keine juristische Person, sie ist kein Rechtssubjekt; sie ist eine Sache. Aber sie bildet den Kern eines Sondervermögens. Mittelpunkt des Ganzen ist der Altargrund; ... er ist im Eigentum des Grundherren geblieben“². Das Zitat verweist auf nahezu alle wesentlichen Aspekte

¹ Michael BORGOLTE, Der churrätische Bischofsstaat und die Lehre von der Eigenkirche. Ein Beitrag zum archäologisch-historischen Gespräch, in: Geschichte und Kultur Churrätens. Festschrift P. Iso Müller, hg. v. Ursus Brunold/Lothar Deplazes, Disentis 1986, S. 83-103; DERS., Stiftergrab und Eigenkirche. Ein Begriffspaar der Mittelalterarchäologie in historischer Kritik, in: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 13 (1985), S. 27-38; DERS., Die mittelalterliche Kirche (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 17), 2. ergänzte Aufl. München 2004, S. 97-100.

² Ulrich STUTZ, Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germanischen Kirchenrechtes. Antrittsvorlesung, gehalten am 23. Oktober 1894, Berlin 1895, Zitat S. 14f.; außerdem DERS., Ausgewählte Kapitel aus der Geschichte der Eigenkirche und

des Stutz'schen Konzepts: erstens den stark systematisierenden rechtshistorischen Ansatz, die Dichotomie zwischen Personen- und Sachenrecht, zweitens die für Stutz zentrale Bedeutung des zur „Eigenkirche“ gehörenden Sondervermögens, drittens den Zusammenhang von Eigenkirche und Grundherrschaft und viertens die Gegenüberstellung von germanischem Recht und anderen Rechten. Stutz sah die Eigenkirche als einen genuin germanischen Beitrag zum mittelalterlichen Kirchenrecht: „Sobald ein germanischer Stamm in die katholische Kirche ... tritt, taucht bei ihm auch die Eigenkirche auf“³. Außerdem sah Stutz in der Eigenkirche und ihren historischen Transformationen das für die mittelalterliche Kirchenverfassung des fränkischen Reiches und seiner Nachfolgestaaten auf Dauer prägende, wichtigste Element. Wesentlich zunächst für die Niederkirchen auf dem Land – über deren Gut der adlige Eigentümer weiterhin verfügen, ja die Kirchen vererben, tauschen, teilen durfte, die er mit Geistlichen seiner Wahl besetzen lassen konnte –, sei das Eigenkirchenrecht bald ubiquitär geworden. Nicht nur alle „privaten“ Gründungen, sondern auch Königs- und Bischofskirchen seien bald davon ergriffen worden. Letztlich habe die Eigenkirchenidee also nicht mehr nur die Herrschaft von Laien in der Kirche ermöglicht, sondern ebenso die gesamte innerkirchliche Organisation infiltriert. Stutz sah eine direkte Verbindungslinie von der „Kirchherrschaft“ des Eigenkirchenherrn zum kirchlichen Benefizien-, Patronats- und Inkorporationsrecht; er leitete aus dem Eigenkirchenrecht (und dessen Synthese mit den römischen Rechtstraditionen der Kirche) systematisch die Entwicklung der gesamten mittelalterlichen Kirchenverfassung ab⁴.

Das Jahrhundert nach Stutz hat dessen Lehre nur unwesentlich modifiziert. Exemplarisch für die Rezeption der Forschung kann noch immer Peter Landaus viel zitierter Artikel „Eigenkirchenwesen“ in der „Theologischen Realenzyklopädie“ stehen⁵. Diesem zufolge sah die Forschung Korrekturbedarf vor allem in der Frage nach den „Wurzeln“ des Eigenkirchenwesens. Der

ihres Rechtes, Weimar 1937; DERS., Geschichte des kirchlichen Benefizialwesens. Von seinen Anfängen bis auf die Zeit Alexanders III., 2. Aufl., aus d. Nachlass ergänzt u. mit Vorwort versehen v. Hans Erich FEINE, Aalen 1961 – um nur die wichtigsten Beiträge zu nennen.

³ STUTZ, Eigenkirche (wie Anm. 2), S. 18.

⁴ Stutz vertrat diese Auffassung bezeichnenderweise von Beginn seiner Forschungen an. STUTZ, Eigenkirche (wie Anm. 2), passim.

⁵ Peter LANDAU, Art. „Eigenkirchenwesen“, in: Theologische Realenzyklopädie 9 (1982), S. 399-404.

germanische Ursprung dieser Einrichtung wurde verworfen, stattdessen auf das römische Privatkirchenrecht und insbesondere die Grundherrschaft verwiesen, die im Unterschied zu Stutz als national indifferentes Rechtsinstitut aufgefasst wurde. Ansonsten folgte die Forschung Stutz weitgehend. Während also die spätantik-frühmittelalterliche Entstehung des Eigenkirchenrechts in Frage gestellt worden ist, blieb die Forschung sich einig, die historischen Folgen als lineare Entwicklung aufzufassen: „das Eigenkirchenrecht wandelte sich zum Patronat“⁶. Verbreitet sei das Eigenkirchenwesen seit dem 8. Jahrhundert vor allem im Frankenreich und dessen Nachfolgestaaten gewesen, die Eigenherrschaft von Laien bis ins 11. Jahrhundert kirchenrechtlich anerkannt worden⁷. Kurz angedeutet werden kann hier nur die abweichende Stutz-Rezeption der angelsächsischen Forschung. In ihrem 2006 erschienenen Überblick über die „Proprietary Church in the Medieval West“ kritisierte Susan Wood am Stutzschen Konzept die rechtshistorisch-systematisierende Verengung, dem sie konzeptionell die Beschreibung von „Haltungen und Praktiken“ entgegensetzte. In Bezug auf den Begriff Eigentum entschied sich Wood für eine offene, weiche Variante mit fließenden Grenzen zum Begriff der „Herrschaft“⁸. Der Vorteil dieses Ansatzes – die hohe Reichweite – ist freilich mit dem Nachteil geringer analytischer Trennschärfe erkauft, was ihn für die Frage nach Stiftung oder Eigenkirche unbrauchbar macht. Misslich ist außerdem, dass Wood, obwohl sie sich von der Stutzschen Lehre in vielerlei Hinsicht abwandte, dessen Terminus „Eigenkirche“ übernahm und so der weiteren Verfestigung dieses Interpretaments Vorschub geleistet hat.

Die Dominanz der Stutzschen Lehre hat dazu geführt, dass frühmittelalterliche Kirchengründungen häufig ohne genauere Untersuchung als Eigenkirchen eingeordnet wurden, insbesondere dann, wenn der Gründungsvorgang nicht genau nachvollzogen, sondern nur erschlossen werden konnte. Diese Praxis hat Michael Borgolte in Auseinandersetzung mit

⁶ Ebd., S. 403. Zum Gang der Forschung vgl. auch BORGOLTE, Die mittelalterliche Kirche (wie Anm. 1), S. 97-100.

⁷ LANDAU, Art. Eigenkirchenwesen (wie Anm. 5), S. 402.

⁸ Susan WOOD, *The Proprietary Church in the Medieval West*, Oxford 2006. Wood fasst (in expliziter Abgrenzung zu Susan Reynolds) „property“ und „authority“ als die beiden „Enden eines Kontinuums“ auf: S. 3f. Ihre Auseinandersetzung mit Stutz und der folgenden Forschung insbesondere im Abschnitt „The Question of Origins“ S. 92-108; hier S. 100 zum konzeptionellen Gegensatz zwischen „System of law“ und „attitudes and practices“.

archäologischen Forschungen für Churrätien beleuchtet und mit guten Gründen vermutet, dass viele churrätische Kirchengründungen eher Stiftungen denn Eigenkirchen gewesen seien⁹. Besondere Brisanz hatte diese Untersuchung, weil Stutz selbst für Churrätien die Verbreitung der Eigenkirche als erwiesen angesehen hatte¹⁰. Ähnliche Ergebnisse hat für Alemannien eine Untersuchung von Wilfried Hartmann gebracht. Auch Hartmann hat dabei bekannte Überlieferungsbestände neu gesichtet und weist die Annahme zurück, Eigenkirchen seien bei der Entstehung der alemannischen Kirchenlandschaft ein wichtiges Strukturelement gewesen¹¹. Hartmann hat Borgoltes Hinweis, Stiftungen und Eigenkirchen zu unterscheiden, für seine Untersuchung allerdings nicht fruchtbar gemacht, eine Beobachtung, die sich – leider – verallgemeinern lässt¹². Vielleicht ist das Monitum Borgoltes kaum rezipiert worden, weil seine Auseinandersetzung mit der „Eigenkirche“ zunächst noch rechtshistorisch geprägt war. Denn er hatte die Hypothese aufgestellt, die Präferenz churrätischer Kirchengründer für Stiftungen lasse sich mit dem starken Einfluss des römischen Rechts, also auch des römischen Stiftungsrechts in dieser Region, erklären¹³. Am wichtigsten schien ihm, dass Eigenkirchen herrschaftlich bestimmt, Stiftungen hingegen grundsätzlich frei von der Herrschaft der Stifter gewesen seien, eine wohl zu drastische Unterscheidung¹⁴, die etwa Susan Wood mit

⁹ BORGOLTE, *Bischofsstaat* (wie Anm. 1), S. 95-100.

¹⁰ Ulrich STUTZ, *Karls des Grossen divisio von Bistum und Grafschaft Chur*. Ein Beitrag zur Geschichte der Reichs- und Kirchenverfassung der fränkischen Zeit im Allgemeinen und zur Geschichte Churrätiens sowie des Eigenkirchenrechtes im Besonderen, in: *Historische Aufsätze, Karl Zeumer zum 60. Geburtstag als Festgabe dargebracht von Freunden und Schülern*, Weimar 1910, S. 101-152; DERS., *Benefizialwesen* (wie Anm. 2), S. 160-163.

¹¹ Wilfried HARTMANN, *Die Eigenkirche: Grundelement der Kirchenstruktur bei den Alemannen?*, in: *Die Alemannen und das Christentum. Zeugnisse eines kulturellen Umbruchs*, hg. v. Sönke Lorenz/Barbara Scholkmann, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 1-11, zusammenfassend S. 11.

¹² Sehr genau mit Borgoltes Unterscheidung zwischen Stiftung und Eigenkirche auseinandergesetzt hat sich allerdings die Archäologin Eyla HASSENPFUG, *Das Laienbegräbnis in der Kirche. Historisch-archäologische Studien zu Alemannien im frühen Mittelalter*, Rahden/Westf. 1999, S. 78-87, insb. S. 85 – der einzige mir bekannt gewordene Fall.

¹³ BORGOLTE, *Bischofsstaat* (wie Anm. 1), S. 96f.; 100f.

¹⁴ Ebd. S. 96-98, mit drei Kriterien dafür: persönliche Anrede der Kirche bei der Tradition des Kirchengrundes, Einsetzung der Kirche zum Erben des Gründers, Eintritt des Gründers in den Dienst der Kirche. Borgolte übernahm diese Merkmale

der Einordnung als „legalistic view“ zu den Akten legte¹⁵. Allerdings ist Wood entgangen, dass Borgolte schon bald die rechtshistorische Perspektive aufgegeben und für eine sozialhistorische Sicht auf Stiftungen plädiert hatte. Aus der Einsicht, dass es im Mittelalter kein Stiftungsrecht gegeben habe und Stiftungen höchstens vereinzelt und selten Rechtssubjektivität zugesprochen wurde, entwickelte und verfeinerte Borgolte unter Anschluss an die Memoriaforschung in diversen Aufsätzen ein Modell von Stiftung, das diese als über den Tod der Stifter hinaus wirksame soziale Beziehung erklärte. Von Stiftung sei demnach zu sprechen, wenn ein Stifter einer Personengemeinschaft eine Gabe zukommen lasse und aufgrund dessen eine bestimmte Aufgabe – zumeist angesiedelt im Bereich des christlichen Kultus im Allgemeinen und dem Totengedenken sowie der Caritas im Besonderen – festsetze, den die bedachte Gemeinschaft als dauerhaft zu wiederholende Gegengabe an den (verstorbenen) Stifter zu erfüllen habe¹⁶. Borgoltes Vorschlag, die Funktionsweise mittelalterlicher Stiftungen nicht aus dem Recht, sondern aus sozialen Beziehungen heraus zu erklären, wurde weitgehend mit Zustimmung aufgenommen. Deshalb scheint es umso lohnenswerter, hier aufs Neue und zugespitzt über die Konsequenzen nachzudenken, die sich daraus für die Lehre von der Eigenkirche ergeben.

In gewisser Hinsicht, so meine ich, steht mit dem Stiftungsansatz nicht lediglich ein die Stutzsche Lehre ergänzendes, sondern auch teilweise damit konkurrierendes Deutungsinstrument für Kirchengründungen und Kirchenverfassung zur Diskussion. Einschränkend ist zu betonen, dass sich die Beschreibungsmodelle „Stiftung“ und „Eigenkirche“ nur teilweise auf vergleichbare Phänomene beziehen, was schnell klar wird, wenn man sich

von: Hans Erich FEINE, Studien zum langobardisch-italienischen Eigenkirchenrecht, I. Teil, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. 30 (1941), S. 1-95, insb. S. 13-21.

¹⁵ WOOD, Proprietary Church (wie Anm. 8), S. 50 mit Anm. 16.

¹⁶ Michael BORGOLTE, Die Stiftungen des Mittelalters in rechts- und sozialhistorischer Sicht, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 105, Kan. Abt. 74 (1988) S. 71-94. Außerdem seien, weit entfernt von Vollständigkeit, genannt: DERS., Felix est homo ille, qui amicos bonos relinquit. Zur sozialen Gestaltungskraft letztwilliger Verfügungen am Beispiel Bischof Bertrams von Le Mans (616), in: Festschrift für Berent Schwineköper, hg. v. Helmut Maurer/Hans Patze, Sigmaringen 1982, S. 5-18; DERS., Der König als Stifter. Streiflichter auf die Geschichte des Willens, in: Stiftungen und Stiftungswirklichkeiten. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, hg. v. dems. (Stiftungsgeschichten 1), Berlin 2000, S. 39-58. Vgl. auch die Arbeiten von Borgoltes Schülern in der Reihe „Stiftungsgeschichten“.

„an den Rändern“ des Phänomens Stiftung umsieht. Ein Beispiel: Im Jahre 1111 erteilt Heinrich V. den Einwohnern der Stadt Speyer verschiedene Privilegien und fordert dafür von ihnen, jährlich in der Domkirche mit brennenden Kerzen und Almosenspenden seines Vaters zu gedenken¹⁷, eine Stiftung, die sich nur mit dem Modell von Gabe und Gegengabe adäquat erfassen lässt, nicht unter Bezug auf ein bereitgestelltes „Sondervermögen“. In frühmittelalterlicher Zeit, um die es hier ja gehen soll, kennen wir aus den überlieferten Herrscherurkunden zudem zahlreiche Stiftungen, mit deren Vollzug die karolingischen Könige bereits bestehende religiöse Gemeinschaften betrauten¹⁸. Diese von der rechtshistorischen Forschung als unselbständig bezeichneten Stiftungen waren gerade im frühen, vielleicht im gesamten Mittelalter die häufigsten¹⁹. Der sozialhistorische Begriff „Stiftung“ lässt sich also vom rechtshistorischen Begriff „Eigenkirche“ nicht generell abgrenzen. Die Begriffe bilden kein Gegensatzpaar und keine Alternative.

Der sozialhistorische Stiftungsansatz erscheint dann als konkurrierendes Deutungsmuster zur Eigenkirchenlehre, wenn man einen bestimmten Typus von Stiftungen ins Auge fasst: jenen nämlich, bei denen eine Personengemeinschaft – und mit dieser eine Kirche, ein Kloster – durch den Stiftungsvorgang erst begründet wird und deren Fortbestehen in der Zeit durch hinreichende Ausstattung gewährleistet ist. Aus sozialhistorischer Sicht ist zwar nicht so sehr die materielle Basis für diese Gründungen entscheidend, sondern die Möglichkeit, durch Aufnahme immer neuer Mit-

¹⁷ Urkunden zur Geschichte der Stadt Speyer, hg. v. Alfred HILGARD, Straßburg 1885, Nr. 14.

¹⁸ Die Königsurkunden der ostfränkisch-deutschen Herrscher sind im Rahmen eines DFG-Projekts in Berlin von Katrin Proetel und Wolfgang E. Wagner komplett auf Stiftungen durchsucht und in einer Datenbank erfasst worden, auf die ich mich hier beziehe. Aus der Weiterentwicklung des Projekts ist mein Dissertationsvorhaben hervorgegangen, das einen Teil der Arbeitsergebnisse der Forschung zugänglich machen soll.

¹⁹ Vgl. (mit weiterer Literatur für die frühere Zeit) Wolfgang E. WAGNER, Das Gebetsdenken der Liudolfinger im Spiegel der Königs- und Kaiserurkunden von Heinrich I. bis zu Otto III., in: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde 40 (1994), S. 1-78; Michael BORGOLTE, Die Stiftungsurkunden Heinrichs II. Eine Studie zum Handlungsspielraum des letzten Liudolfingers, in: Festschrift für Eduard Hlawitschka zum 65. Geburtstag, hg. v. Karl Schnith/Roland Pauler, Kallmünz (Münchener Historische Studien: Abt. Mittelalterliche Geschichte 5), 1993, S. 231-250.

glieder gewissermaßen den Tod der einzelnen zu überwinden und so den Bestand der Stiftung auf Dauer zu ermöglichen. Die Verfügungsgewalt über die Dotation oder auch die Nutzungsrechte am Kirchengut sind dann aber ein wichtiges Kriterium, um Stiftungen von Eigenkirchen zu unterscheiden. Insbesondere für frühmittelalterliche Kirchen- oder Klostergründungen treten beide Modelle somit in Konkurrenz: Zu erwarten wäre, dass sich vermeintliche Eigenkirchen nach erneuter Untersuchung als Stiftungen erweisen – oder auch als anderer Typ von „Gründungen“.

Darüber hinaus, und dies erscheint mir weitaus wichtiger, resultiert aus dem Stiftungsansatz auch ein Einwand gegen die Annahme einer einseitigen Entwicklungslogik der Kirchenverfassung: von der Eigenkirche zum Patronatsrecht. Denn auch Stiftungen ermöglichten es Königen, Laien und Geistlichen, in die kirchliche Sphäre gestaltend und herrschaftlich hineinzuwirken. So verortete schon Borgolte nach seinem Plädoyer für eine sozialhistorische Perspektive auf Stiftungen diese in einem „Spannungsfeld von Herrschaft und Genossenschaft“. Denn wenn Stiftung als soziale Beziehung aufgefasst wird, muss für jede Stiftung erst ermittelt werden, wie stark herrschaftlich sie geprägt ist und wieviel Genossenschaft (Freiheit) sie zulässt oder braucht. Stiftungen konnten weitgehend „herrschaftsfern“ Charakter tragen, wenn den gestifteten Gemeinschaften die Freiheit gelassen wurde, sich als Genossenschaft zu konstituieren²⁰. Stiftungen konnten aber auch – etwa über das Instrument der Stifervogtei – stark herrschaftlich dominiert sein und für die Stifter und deren Familie beträchtliche materielle Vorteile mit sich bringen. Wie Eigenkirchen konnten also auch Stiftungen dazu herausfordern, die Rechte von Laien in der Kirche einzuschränken, etwa durch die Ausbildung des Patronatsrechts. Im Gegensatz zu den Eigenkirchen boten Stiftungen aber auch je individuelle Auswege aus der Herrschaft von Laien in der Kirche. Während Stutz die Veränderungen der Kirchenverfassung durchgängig auf das Wirken des Eigenkirchenrechts oder auch der (germanischen) „Eigenkirchenidee“ und die

²⁰ Michael BORGOLTE, Stiftungen des Mittelalters im Spannungsfeld von Herrschaft und Genossenschaft, in: *Memoria in der Gesellschaft des Mittelalters*, hg. v. Dieter Geuenich/Otto Gerhard Oexle (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 111), Göttingen 1994, S. 267-285, insb. S. 227. Aufgegriffen und eingehend untersucht von Wolfgang E. WAGNER, *Universitätsstift und Kollegium in Prag, Wien und Heidelberg. Eine vergleichende Untersuchung spätmittelalterlicher Stiftungen im Spannungsfeld von Herrschaft und Genossenschaft (Europa im Mittelalter 2)*, Berlin 1999.

herrscherlichen oder kirchlichen Reaktionen darauf zurückführte, ist das Modell Stiftung frei von impliziten oder expliziten Entwicklungslogiken und anschlussfähig für mehrdimensionale Deutungen von Herrschaftsverhältnissen in der Kirche. Dazu gehören selbstverständlich auch Veränderungen des Rechts. Denn die Bevorzugung der sozialhistorischen Sicht gründet zwar auf der Überzeugung, dass im Mittelalter personale Beziehungen die Grundlage von Stiftungen bildeten, schließt aber die Beachtung rechtlicher Aspekte keineswegs aus²¹.

Die sächsische Gründungswelle von Frauenkonventen, die im Folgenden im Mittelpunkt stehen soll, bietet sich für vertiefende Überlegungen zu „Stiftung“ und „Eigenkirche“ unter anderem deshalb an, weil von der Forschung schon einiges geleistet wurde und sich die Gründungen allgemein charakterisieren lassen²².

²¹ Die Zurückweisung der rechtshistorischen Sicht bezieht sich im Kern auf die von der älteren Forschung ins Mittelalter rückprojizierte Rechtssubjektivität von mittelalterlichen Stiftungen. Vgl. BORGOLTE, Stiftungen (wie Anm. 20), passim.

²² Hier nur übergreifende Literatur: Die besten Auflistungen der Gründungen bei Caspar EHLERS, Franken und Sachsen gründen Klöster – Beobachtungen zu Integrationsprozessen des 8. bis 10. Jahrhunderts am Beispiel von Essen, Gandersheim und Quedlinburg, in: Gründung und Entwicklung des Frauenstifts Gandersheim, hg. v. Hedwig Röckelein/Martin Hoernes (Essener Forschungen zum Frauenstift 4), Essen 2005, S. 11-31; DERS., Der helfende Herrscher: Immunität, Wahlrecht und Königsschutz für sächsische Frauenstifte bis 1024, in: Essen und die sächsischen Frauenstifte im Frühmittelalter, hg. v. Jan Gerchow/Thomas Schilp (Essener Forschungen zum Frauenstift 2), Essen 2003, S. 45-58; Irene CRUSIUS (Hg.), Studien zum Kanonissenstift (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 167 = Studien zur Germania Sacra 24), Göttingen 2001; Thomas SCHILP, Norm und Wirklichkeit religiöser Frauengemeinschaften im Frühmittelalter. Die Institutio sanctimonialis Aquisgranensis des Jahres 816 und die Problematik der Verfassung von Frauenkommunitäten (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 137 = Studien zur Germania Sacra 21), Göttingen 1998; Wilhelm KOHL, Die frühe Klosterlandschaft in Westfalen, in: Westfälisches Klosterbuch, III. Institutionen und Spiritualität (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Quellen und Forschungen zur Kirchen- und Religionsgeschichte 44, 1), Münster 2003, S. 133-154. Michel PARISSE, Die Frauenstifte und Frauenklöster in Sachsen vom 10. bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts, in: Die Salier und das Reich, II. Die Reichskirche in der Salierzeit, hg. v. Stefan Weinfurter, Sigmaringen 1991, S. 465-501; DERS., Les canoinesses dans l'Empire germanique (IX^e-XI^e siècles), in: Francia 6 (1978), S. 107-126; DERS., Les femmes au monastère dans le Nord d'Allemagne du IX^e au XI^e siècles, Conditions sociales et religieuses, in: Frauen in Spätantike und Frühmittelalter. Lebensbedingungen – Lebensnormen – Lebensfor-

Die Gründung von Frauenklöstern in Sachsen begann schon bald nach der fränkischen Eroberung. Im Anschluss an die endgültige Befriedung des Gebiets stieg die Zahl der von sächsischen Adligen eingerichteten Konvente bis etwa 900 stetig an. Nach einer Stagnationsphase setzten die Gründungsaktivitäten mit der Einrichtung des Kanonissenstifts Quedlinburg im Jahr 936 wieder ein und hielten bis ca. 1020 an. Nicht selten ergriffen dabei adlige Frauen die Initiative, doch agierten sie dabei nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit männlichen Verwandten, „Freunden“, Bischöfen oder dem König. Die Gründerinnen selbst, eine ihrer Töchter oder Nichten übernahmen in der Mehrzahl der Fälle das Amt der Äbtissin, das oft auf Dauer für ihre Familien reserviert wurde. Seit dem 10. Jahrhundert erscheint die Familienvogtei als typisches Kennzeichen der Gründungen, während die Wahl der Äbtissin den Konventen jetzt häufiger freigestellt wurde. In einigen Fällen waren die Gründer oder Gründerinnen allerdings auch die letzten lebenden Nachkommen einer Familie und deshalb an einer Sicherung des langfristigen Zugriffs auf die Gemeinschaften nicht interessiert. Ob die Konvente immer planmäßig an adligen Herrschaftsmittelpunkten angesiedelt wurden, ist umstritten. Eindeutiger lässt sich – über die überlieferten Totenbücher – belegen, dass die Frauenkonvente mit der Memoria der Gründer(familie) betraut wurden. Eine weiteres Charakteristikum liegt in der von den Gründern bzw. Äbtissinnen oder Konventen gewählten Lebensform. In den meisten Fällen ist davon auszugehen, dass sich die geistlichen Frauengemeinschaften in Sachsen nicht an die durch die Aachener Synode von 816 für das gesamte Reich vorgeschriebenen

men, hg. v. Werner Affeldt, Sigmaringen 1990, S. 311-324; Thomas VOGTHERR, Die Reichsabteien der Benediktiner (900-1125) (Mittelalter-Forschungen 5), Stuttgart 2000; Patrick GEARY, *Phantoms of Remembrance. Memory and Oblivion at the End of the First Millenium*. Princeton 1994, S. 48-80; Karl J. LEYSER, Herrschaft und Konflikt. König und Adel im ottonischen Sachsen (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 76), Göttingen 1984, S. 82-123 (Originalausgabe: *Rule and Conflict in an Early Medieval Society: Ottonian Saxony*. Bloomington, Ind., 1980, S. 52-93); Wilhelm KOHL, Bemerkungen zur Typologie sächsischer Frauenklöster in karolingischer Zeit, in: *Untersuchungen zu Kloster und Stift* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 68), Göttingen 1980, S. 112-139; Johanna HEINEKEN, Die Anfänge der sächsischen Frauenklöster, Göttingen 1909; Karl Heinrich SCHÄFER, Die Kanonissenstifter im deutschen Mittelalter. Ihre Entwicklung und innere Einrichtung im Zusammenhang mit dem altchristlichen Sanktimonialentum (Kirchenrechtliche Abhandlungen 43/44), Stuttgart 1907, ND Amsterdam 1965.

Regeln – entweder die Benediktsregel oder die *Institutio Sanctimonialium* – hielten, sondern nach eigenen Regeln lebten. Die Mehrzahl wählte eine eher „weltoffene“ Lebensweise, so dass die Konvente von der Forschung typologisch eher Kanonissenstiften als Klöstern zugeordnet werden²³.

Zur Beurteilung der sächsischen Gründungen als „Stiftung“ oder „Eigenkirche“ ist insbesondere eine ältere Arbeit heranzuziehen. Schon 1909 hat in einer ausführlichen Untersuchung über „Die Anfänge der sächsischen Frauenklöster“ Johanna Heineken ihr Augenmerk auf die Ausstattung der Konvente mit einem Sondervermögen und dessen Zuordnung zum adligen Familienbesitz gerichtet. Nach Heineken blieb die Dotation der Klöster im 9. Jahrhundert „Teil des Familienvermögens“. Allerdings sah sie dabei einen Auslösungsprozess im Gange, der zunächst dadurch eingeleitet worden sei, dass für die Klosterdotation die üblichen Regelungen der Erbfolge nicht berücksichtigt und die Verwaltungsrechte des Grundherren zugunsten des „Klostervorstandes“ eingeschränkt wurden, wenn die adligen Gründer Privilegien der karolingischen Könige erwirkten. Prägnant formulierte Heineken: „Diese Auslösung wird verdeckt und gesichert durch Königsschutz“²⁴. Im 10. Jahrhundert sei dieser Prozess zum Abschluss gekommen, da nun ein Gründer nur noch über die Ausübung der Vogtei, „nicht mehr aus seinem Eigentumsrecht“ auf die Güter des Klosters zugreifen konnte und dem Konvent die freie Wahl der Äbtissin gestattet wurde²⁵. Die Erklärung für die folgenreiche Beteiligung des Königtums an den sächsischen Gründungen sah Heineken im Zusammenfall verschiedener Interessen: den geistlich-kirchlichen insbesondere der Bischöfe, die so die Christianisierung vorantreiben konnten; denjenigen der fränkischen Könige, die auf diese Weise Sachsen besser in den Reichsverband integrieren konnten, und

²³ Im Folgenden wird die terminologische Unterscheidung zwischen Kloster und Stift vor allem deshalb nicht benutzt, um keine monströsen Sätze zu produzieren. Wenn zusammenfassend von Klöstern oder Konventen gesprochen wird, soll damit nicht auf regulierte Lebensform hingewiesen werden. Streng genommen ist die Unterscheidung in vielen Fällen anachronistisch, weil von ausgeprägten Differenzen in Lebensform und Verfassung im 9. und 10. Jahrhundert oft noch nicht gesprochen werden kann oder schlicht die Nachweise fehlen. Gute Gründe, trotzdem terminologisch zu trennen, sind zusammengetragen von Irene CRUSIUS, *Sanctimoniales quae se canonicas vocant*. Das Kanonissenstift als Forschungsproblem, in: Studien zum Kanonissenstift, hg. v. ders. (wie Anm. 22), S. 9-38.

²⁴ HEINEKEN, Anfänge (wie Anm. 22), S. 63, ebd. das Zitat.

²⁵ Ebd., S. 58.

schließlich denjenigen der Gründer, die so den Bestand der Klöster gewährleisten wollten. Die Gründer, sächsische „Kollaborateure“ der fränkischen Eroberer, hätten mittels Klostergründung und Königsschutz verhindert, dass das Erbgut ihrer Töchter über den Heiratsweg an frankenfeindliche Familien gelangte²⁶.

Anders als Heineken, die den Begriff „Eigenkirche“ nur für ein einziges der sächsischen Frauenklöster benutzte²⁷, ordnete Thomas Vogtherr in seiner Monographie über „Die Reichsabteien der Benediktiner und das Königtum im hohen Mittelalter“ die sächsischen Frauenkonvente den Eigenkirchen zu. Die Beobachtung, dass sich bei Klostertraditionen an den König die Gründer neben der Klostervogtei oft auch das Abts- oder Äbtissinnenwahlrecht reservierten, interpretierte er dabei allgemein „als eigenkirchlich begründetes Recht“. Die einzelnen Fälle, die er für Sachsen namhaft machte, waren durchweg solche des 10. Jahrhunderts²⁸. Vogtherr hat Heinekens Ergebnisse, denen zufolge gerade für diese Zeit von Stiftungen auszugehen ist, anscheinend ignoriert. Bemerkenswert ist der unterschiedliche Umgang beider mit dem Stutz'schen Begriff – von der sachlichen Richtigkeit ganz abgesehen – auch deshalb, weil daran ein weiteres Mal die mit der Zeit fortschreitende Verfestigung der „Eigenkirchenlehre“ erkennbar wird²⁹.

Um die Einordnung der im 9. Jahrhundert gegründeten Frauenklöster zu überprüfen, für die Heineken ja eigenkirchliche Merkmale konstatiert hat, seien im Folgenden einige Fälle nochmals untersucht. Für die Auswahl entscheidend sind dabei die Quellenlage und die sich daraus ergebenden methodischen Probleme. Über die Begründung von Frauenkonventen im 9. Jahrhundert, etwa 20 an der Zahl, stehen nur ausnahmsweise gleichzeitig

²⁶ Ebd., S. 90f. Ähnlich wie Heineken und mit der Bezeichnung „Kollaborateure“ äußert sich Joachim EHLERS, Heinrich I. in Quedlinburg, in: Herrschaftsrepräsentation im ottonischen Sachsen, hg. v. Gerd Althoff/Ernst Schubert (Vorträge und Forschungen 46), Sigmaringen 1998, S. 235-266, insb. S.246-48. Diesen Erklärungsansatz systematisch zu prüfen, hat die Forschung allerdings bisher nicht unternommen, obwohl die Motive für die Gründungen durchaus gegensätzlich diskutiert worden sind. Vgl. dazu zusammenfassend CRUSIUS, *Sanctimoniales* (wie Anm. 23), S. 9-38.

²⁷ Für Gerresheim: HEINEKEN, Anfänge (wie Anm. 22), S. 44. Zu Gerresheim vgl. STUTZ, Benefizialwesen (wie Anm. 2), S. 178 mit Anm. 99.

²⁸ VOGTHERR, Reichsabteien (wie Anm. 22), S. 25-32, Zitat S. 26.

²⁹ Auch WOOD, Proprietary Church (wie Anm. 8), S. 355-364, ordnet die sächsischen Gründungen selbstverständlich den Eigenkirchen zu. Desgleichen spricht LEYSER, Herrschaft (wie Anm. 22) immer wieder von Eigenkirchen.

mit dem Gründungsvorgang abgefasste Quellen zur Verfügung. Wenn ich recht sehe, kann man lediglich in drei Fällen auf zeitnah ausgefertigte echte Urkunden zurückgreifen, die Aufschlüsse über die Initiative zur Gründung und die getroffenen Regelungen geben. Dabei handelt es sich um Neuenheerse (868), Metelen (889) und Möllenbeck (896). In allen anderen Fällen liegen, wenn überhaupt, nur verunechtete oder gefälschte Diplome vor, die über die Gründung berichten. Gleichzeitige historiographische Zeugnisse, die in irgendeiner Weise näher Aufschluss über die Rechtsverhältnisse im „Moment“ der Gründung geben, sind für das 9. Jahrhundert nicht vorhanden. Aufgrund der Überlieferungssituation können die Rechtsverhältnisse bei der Gründung eines Klosters oft gar nicht bestimmt oder nur teilweise erschlossen werden. Deshalb seien hier nur diejenigen Fälle vorgestellt und diskutiert, in denen die Echtheit der überlieferten Urkunden nicht bezweifelt wird. Als repräsentativ können diese insofern gelten, als die jeweiligen Gründungssituationen und -strategien durchaus verschiedene sind.

Die älteste der drei genannten Frauengemeinschaften ist Neuenheerse. Die Überlieferungssituation ist hier außergewöhnlich gut, weil als frühestes Zeugnis für die Gründung des Klosters (bzw. Stifts) ein Synodalbeschluss aus dem Jahr 868 erhalten geblieben ist³⁰. Auf einer damals in Worms abgehaltenen Synode hatte, wie die zugehörige Urkunde schildert, Bischof Liudhard von Paderborn seine geistlichen Kollegen um Zustimmung zur Gründung eines Konventes, gebildet aus seiner Schwester Waldburg und einigen anderen Frauen, gebeten. Liudhard hatte sich an die Versammlung gewandt, weil der Ort, der den Frauen für ihr Vorhaben der geeignetste zu sein schien, zur Paderborner Kirche gehörte. Damit diese nun keine Einbußen hinnehmen müsse, wollten Liudhard selbst und seine Schwester der Bischofskirche verschiedene, einzeln aufgeführte Besitzungen aus ihrem Erbe übereignen. Die auf der Synode versammelten Geistlichen stimmten dem Vorhaben und auch den sicher von Liudhard und den Gründern zuvor konzipierten rechtlichen Bestimmungen zu: Die *ordinatio* und *dispositio* der Neugründung solle beim Paderborner Bischof und dessen Nachfolgern liegen, wofür ihm jährlich 4 Solidi zu entrichten waren. Der Ort der Klostergründung, den Waldburg von der Paderborner Kirche gegen ihr Erbgut *iure mutuario* getauscht habe, solle künftig mit allem Zubehör für

³⁰ Westfälisches Urkundenbuch, Supplement, bearb. v. Wilhelm DIEKAMP, Münster 1885, Nr. 275 S. 38-40.

den Gebrauch der Sanktimonialen bereitstehen (*ad usum sanctimonialium ... pertineat*). Und falls deren Kirche mit weiteren Besitzungen oder Sonstigem beschenkt werde, dürften die Frauen die geschenkten Güter besitzen, tauschen und damit tun, was ihnen nützlich erscheine³¹. Zu ebendiesen Bedingungen wurden den Sanktimonialen aus dem Gut der Paderborner Bischofskirche schließlich 10 Mansen in Hainhausen und die Zehnten einiger nahe gelegener Orte übertragen.

Weitere Aufschlüsse über die Klostergründung bietet eine Urkunde, die auf Bitten Liudhards drei Jahre später Ludwig der Deutsche ausstellen ließ. Die Vorgeschichte wird in der Narratio noch einmal wiedergeben, wobei darin neben der Zustimmung der auf der Wormser Synode versammelten Geistlichen auch die der Paderborner Kleriker und die des Königs selbst erwähnt wird, die an die erste Stelle rückt. Später, so heißt es im Anschluss, habe Liudhard den Herrscher gebeten, das Kloster Neuenheerse und die zu diesem gehörigen Güter unter seinen Schutz zu nehmen (*sub nostrae munitatis tuitione et defensione*), was der König wegen seiner Liebe zu Jesus Christus gern tue. Außerdem bestimme er, dass die Schwester Liudhards, Waldburg, das Kloster zeitlebens sicher behalten solle (*securiter ... habeat*). Nach deren Tod sollten die Sanktimonialen das Recht haben, aus ihren Reihen mit Zustimmung und Wissen des Paderborner Bischofs eine Äbtissin zu wählen. Zudem genieße das Kloster dessen Schutz (*mundeburdium et defensionem ... habeat*) und habe jährlich 4 Solidi an die Paderborner Kirche zu zahlen. Ludwig bestätigte im Anschluss die zusätzliche Ausstattung des Klosters mit Grundbesitz und Zehnten und bestimmte, dass die Leute des Klosters nur der Gerichtsbarkeit des vom König ernannten Vogts unterstünden³².

Im Falle Neuenheerses kann, so zeigen beide Urkunden deutlich, von einer Eigenkirche nicht die Rede sein. Der Vorbehalt, das Kloster solle Waldburg auf Lebenszeit behalten dürfen, zielte konzeptionell nicht darauf, dauerhaft die rechtliche Stellung des Klosters festzuschreiben. Denn nach dem Tode Waldburgs oblag die Äbtissinnenwahl dem Konvent. Der Bischof hatte lediglich ein Zustimmungsrecht. Wie die Paderborner Bischöfe dieses

³¹ Ebd., S. 39: *et si quae deinceps ad eandem ecclesiam vel in possessionibus vel in aliis rebus tradita fuerint, possidere mutare et secundum hoc, quod sibi utile esse videtur, facere permittantur*. Subjekt sind die Sanktimonialen.

³² D L II 137 = Die Urkunden Ludwigs II., hg. v. Konrad WANNER (MGH, Diplomata Karolorum 4), München 1994, Nr. 137 S. 190-192.

gebrauchten – sei es, dass sie bei zweifelhafter Qualifikation der Kandidatin Einwände machten, sei es, dass sie das Zustimmungsrecht durch ständige Eingriffe in ein Besetzungsrecht umwandelten – hatte rechtlich nichts mit „Eigentum“ zu tun. Eigentümerinnen der Dotation des Klosters waren vielmehr eindeutig Äbtissin und Konvent, wie aus deren Befugnissen über Tausch oder Verkauf hinlänglich deutlich ist. Welche Aufgaben und Rechte unter dem bischöflichen Schutz subsumiert wurden, ist nicht genauer erläutert. Ehestens ist dabei an Schutz und Vertretung der Interessen des Klosters nach außen zu denken. Für die Rechtsprechung über die Hintersassen des Klosters war jedenfalls allein der vom König eingesetzte Vogt zuständig. Insgesamt stand das Kloster Neuenheerse damit zwar durchaus in bischöflicher Abhängigkeit, doch war diese gerade nicht durch Zuordnung zum Eigentum der Bischofskirche begründet.

Johanna Heineken hat darauf hingewiesen, dass die Paderborner Bischöfe in der Folge, wenn königliche Privilegien für ihre Bischofskirche erteilt wurden, zeitnah auch für Neuenheerse Urkunden der Herrscher erbaten³³. Diese Urkunden bestätigen, dass Neuenheerse nicht als Eigenkirche angesehen wurde; die zeitliche Nähe mit Urkundenausfertigungen für die Paderborner Bischofskirche verweist nicht auf Herrschaftsrechte der Diözesane. Diese nutzten vielmehr den einmal hergestellten Kontakt zum König in doppelter Weise. 887 erbat der Paderborner Bischof Biso Karl III. um Bestätigung der von Ludwig dem Deutschen gewährten Rechte, einmal für sein Bistum, einmal für Neuenheerse. Die Angaben der dem Herrscher vorgelegten älteren Urkunde für Neuenheerse wurden dabei wörtlich übernommen. Außerdem schenkte Karl unter Hinweis auf sein Seelenheil den Neuenheersener Sanktimonialen 10 Hufen in Großeneder, die Bischof Biso bis dahin als Benefizium innegehabt hatte. Anscheinend stand im Hintergrund der Beurkundung also vor allem Bisos Wunsch, das Kloster weiter auszustatten.

Ein weiteres Mal wandte sich 935 ein Paderborner Bischof zugunsten Neuenheerses an den König. Der Bischof, Unwan, trat nach dem Wortlaut der Urkunde dabei gemeinsam mit der Königin (Mathilde) als Fürsprecher

³³ HEINEKEN, Anfänge (wie Anm. 22), S. 60; D K III 668f. = Die Urkunden Karls III., hg. v. Paul KEHR (MGH, Diplomata regum Germaniae ex stirpe Karolinorum 2), Berlin 1937, Nrn. 168f. S. 271-274; DD H I 37f. = Die Urkunden Konrad I., Heinrich I. und Otto I., hg. v. Theodor SICKEL (MGH, Diplomata regum et imperatorum Germaniae 1), Hannover 1879-1884, Nr. 37f. S. 71f.

auf, nicht aber als Herr oder Vorgesetzter des Klosters. Der Herrscher, Heinrich I., bestätigte den Neuenheersener Frauen das Recht, in freier Wahl eine in Sitten und Gelehrsamkeit erprobte Schwester aus dem Konvent zur Äbtissin bestimmen, und gewährte Immunität für alle Besitzungen der Frauen innerhalb seines Reiches. Alle dem Fiskus dadurch entgehenden Einnahmen, so Heinrich, seien dem Kloster auf Dauer überlassen, damit die Sanktimonialen umso lieber für ihn, seine Gemahlin und Kinder die Gnade Gottes erbitten würden. Die Denkform, die in Heinrichs Urkunde erkennbar wird, erweist sich also sehr deutlich als diejenige von Gabe und Gegengabe und nicht als Ausfluss der Eigenkirchenidee. Heinrich dachte an personale Bindungen, nicht aber sachenrechtlich oder institutionenbezogen, wie in der Forderung, für seine Kernfamilie zu beten, nicht aber für seine Vorgänger und Nachfolger im Königtum, besonders gut erkennbar wird.

Ein anderer im 9. Jahrhundert gegründeter Frauenkonvent, für den kurz nach der Gründung eine echte Königsurkunde vorliegt, ist derjenige von Möllenbeck. Der Gründungsvorgang wird in einer Urkunde König Arnulfs vom 13. August 896, mit welcher der Herrscher das Kloster (Stift) in seinen Schutz nahm, recht genau beschrieben³⁴. Demnach hatten eine adlige Frau Hildburg und ein Priester Folchart auf ihrem Eigentum in Möllenbeck ein Kloster errichtet, dort eine Frauengemeinschaft zum Gottesdienst versammelt und mit Landbesitz und Hörigen vor Ort ausgestattet. Danach hatten die Gründer sich an den Mindener Bischof Drogo gewandt und ihn gebeten, das Kloster in seinen Schutz (*mundipurdum*) zu nehmen. Über ihren guten Willen und ihre Frömmigkeit erfreut, bewilligte Drogo nicht nur seinen Schutz, sondern erweiterte die Ausstattung des Klosters um den Zehnt von 120 Landstücken (*aratra*) der Mindener Bischofskirche. Als Gegenleistung sollte der Bischofskirche jährlich ein Zins von 5 Solidi geleistet und der Bischof einmal im Jahr empfangen werden, und zwar mit den in seiner Diözese üblichen Dienstleistungen. Solange die Klostergründer lebten, wurde ihnen zugesichert, Möllenbeck in ihrer Gewalt zu haben und zu leiten (*locum sub sua potestate teneant et gubernent*). Nach ihrem Tode sollte Hildburgs Nichte Wendilburg das Äbtissinnenamt übernehmen – Drogo von Minden hatte Wendilburg am Tage seiner Vereinbarung mit den Klostergründern verschleiert – wie auch in Zukunft die Äbtissin aus der Nachkommenschaft Hildburgs kommen

³⁴ D Arn 147 = Die Urkunden Arnulfs, hg. v. Paul KEHR (MGH, Diplomata regum Germaniae ex stirpe Karolinorum 3), Berlin 1940, Nr. 147 S. 223-225.

sollte. Eingeschränkt wurde der Familienabbatiat durch die Forderung nach Idoneität der Kandidatin. Sollte diese nicht geeignet sein, war der Frauengemeinschaft die Wahl freigegeben³⁵. Hier war also eine Sonderregelung getroffen worden, die zweifelsohne durch die Bereitstellung der Dotation legitimiert wurde. Allerdings war damit nicht Herrschaft eines Laien von außen sanktioniert. Rechtlich gesehen hing die Möglichkeit der Herrschaftsausübung an der Zugehörigkeit zur Klostergemeinschaft und der Eignung der Kandidatin – auch wenn diese dem Konvent erst anlässlich ihrer Wahl beitreten sollte.

Die bisher geschilderten Regelungen ähneln denen von Neuenheerse und lassen nicht zu, Möllenbeck als Eigenkloster zu klassifizieren. Allerdings hatten Drogo von Minden, Hildburg und Folchard zusätzliche Vereinbarungen getroffen, die zu diskutieren sind. Falls, so heißt es in der Kaiserurkunde weiter, der genannte Bischof Drogo oder einer seiner Nachfolger mehr für seine Zwecke verlangen oder sich nehmen würde, als in der Urkunde Arnulfs festgeschrieben, sei es den Sanktimonialen freigestellt, ihre Güter von denen des Bischofs abzuziehen und Schutz zu suchen, wo sie wollten (*suas res a rebus episcopii sequestrandi et mundipurdum quaerere ubicumque voluerint*). Die Rechte an der Möllenbecker Gründung, die Drogo und seinen Nachfolgern im Bischofsamt eingeräumt worden waren, wurden also als mit den an das Kloster übertragenen Zehnten verbunden angesehen. Zudem könnten die Formulierungen auf gemeinsame Verwaltung von bischöflichem und klösterlichem Gut hindeuten, zumal die Ausstattung des Klosters ja aus ehemaligem Kirchengut stammte. Doch war die Zehntübertragung gerade nicht als „Einfallstor“ für eigenkirchliche Rechte des Bischofs bestimmt, sondern fungierte wirtschaftlich wohl als Ausgleich für die von Drogo geforderten Servitien bei seinem jährlichen Besuch und auf repräsentativer Ebene als Ausweis der Bindung zwischen Bischof und Kloster. Ohne Zweifel lag es im Interesse des Bischofs, über die in seiner Diözese gelegene Gründung eine gewisse Kontrolle zu haben. Der jährliche Empfang des Bischofs durch die Möllenbecker Frauen ermöglichte dem Bischof, seine übergeordnete Position zu demonstrieren und sich vor Ort ein Bild von der Lebensweise der Sanktimonialen, dem Zustand der Gebäude und anderem mehr zu

³⁵ Ebd., S. 225: *quamdiu aliqua ex ipsa progenie talis fuerit inventa, quatinus idem cenobium digna conversatione regere possit, abbatisa constituatur, vel si hoc non fuerit, licentiam tamen habeant inter se eligendi abbatissas.*

machen. In größtem Gegensatz zu „eigenherrlichen Rechten“ steht aber, dass den Sanktimonialen eingeräumt wurde, bei nicht vertragsgemäßigem Verhalten der Mindener Bischöfe das Schutzverhältnis aufzulösen. Hier wurde der Gemeinschaft volle Selbstbestimmung eingeräumt. Die zwischen Hildburg, Folchart und Drogo getroffenen Vereinbarungen zielten nicht auf Abgrenzung der Rechte dreier Eigenkirchherrn, sondern darauf, die verschiedenen mit der Klostergründung verbundenen Interessen, darunter nicht zuletzt die der Sanktimonialen selbst, auszutariieren.

Noch bevor in Möllenbeck eine geistliche Frauengemeinschaft begründet worden war, hatte in Metelen eine sächsische Adlige die Initiative zur Klostergründung ergriffen. König Arnulf urkundete darüber am 16. August 889: Die *religiosa femina* Friduwi habe ihn um Erlaubnis gebeten, ihm ihr gesamtes Erbgut zu übertragen und darauf ein Frauenkloster zu errichten, das er nach Weise anderer Klöster in seinen Schutz nehmen möge und sie auf Lebenszeit behalten (*habere*) solle; und solange aus ihrer Familie (*prosapia*) in diesem Kloster eine geeignete Person gefunden werde, solle diese ihr in der Leitung des Klosters nachfolgen. Arnulf entsprach der Bitte, nahm die ihm angetragene Erbschaft „in sein Recht“ und unter seinen Schutz (*nostram* [!] *ius nostraeque protectionis munimen*) und fügte dem, damit Friduwi größere Ruhe und Sicherheit habe, die Immunität hinzu. Kein „öffentlicher“ Richter und keine andere Person mit rechtlichen Kompetenzen durfte die Leute des Klosters künftig belangen, sondern diese sollten ausschließlich vor den vom König bestellten Vögten Recht suchen³⁶.

Arnulfs Urkunde ist eine solche Ottos III. an die Seite zu stellen, die besonders aussagekräftig ist, weil Otto darin in einem Streitfall die Verfügungen seines Vorgängers zu interpretieren hatte, und die zudem die

³⁶ D Arn 59 (wie Anm. 34), Nr. 59 S. 85f., hier S. 86: *quaedam religiosa femina Friduui nomine nostram adiit serenitatem petens, ut ei liceret omnem sui iuris hereditatem nostrae potestati tradere, quatinus nostrae auctoritatis permissione daretur ei licentia construendi in eadem hereditate puellaris monesterii, quod iuxta morem aliorum caenobiorum sub nostra defensione ac tuitione susceptum ipsi diebus vitae suae habere liceret et quamdiu quaelibet ex ipsius prosapia in eodem monasterium aptae ad hoc inuenirentur personae, ipsae in eius regimen sibi succedere permetterentur, und: immunitatem concedimus, ... ut nullus iudex publicus vel quilibet ex iudicaria potestate hominis ipsius [d. h. des Klosters] publicis exactationibus distringere presumat, sed liceat eis coram advocatis ex nostra iussione constitutis iustitiam facere.*

gewandelten Rechtsverhältnisse des 10. Jahrhunderts erkennen lässt³⁷. Die Sanktimonialen von Metelen, so wird in Ottos Urkunde berichtet, waren zum König gekommen und hatten ihm Arnulfs Diplom vorgelegt, das dessen Anordnungen enthalte. Friduwi, die erste Äbtissin des Metelener Klosters, habe selbiges mit königlicher Erlaubnis von Grund auf errichtet und mit ihrem Erbe ausgestattet, Arnulf aber habe das Kloster mit allen Besitzungen, die diesem von Friduwi oder anderen religiösen Personen übereignet worden seien, in seinen Schutz genommen und den Sanktimonialen gestattet, aus ihrer Mitte eine Äbtissin zu wählen und auch selbst einen Vogt zu bestimmen, der von den Königen und Kaisern einzusetzen sei. Nun sei es aber mit dem Münsteraner Bischof Dodo zum Streit gekommen, der dieses (Recht) an sich gerissen habe. Die Sanktimonialen hätten sich daraufhin an Otto III. gewandt, damit dieser dem Streit ein Ende mache.

Otto entschied gegen den Bischof und setzte die vom Konvent gewählte Godesti zur Äbtissin, den vom Konvent bestimmten Wigmann zum Vogt ein. Beide gehörten zur Familie der Billunger. Andere Mitglieder der Familie, nämlich Herzog Bernhard von Sachsen und Graf Egbert (der Einäugige), aber auch der Kölner Erzbischof Everger hatten zugunsten der Sanktimonialen bei Otto interveniert. Für Metelen sind also Beziehungen zwischen Kloster und sächsischem Adel gut erkennbar. Weil Friduwi selbst von der Forschung der billungischen Familie bzw. deren Vorfahren zugeordnet wird, ist eine mehr oder weniger kontinuierliche Beziehung dieses Familienverbandes zum Metelener Kloster wahrscheinlich³⁸. Vor diesem Hintergrund sind die beiden Königsurkunden besonders aufschlussreich für die Frage nach „eigenkirchlichen Rechten“.

³⁷ D O III 111 = Die Urkunden Otto des III., hg. v. Theodor SICKEL (MGH, *Diplomata regum et imperatorum Germaniae* 2, 2), Hannover 1893, Nr. 111 S. 522 vom 25. Januar 993.

³⁸ Hans Jürgen WARNECKE, Metelen – Damenstift, in: *Westfälisches Klosterbuch*, I. Ahlen bis Mülheim, (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Quellen und Forschungen zur Kirchen- und Religionsgeschichte 44, 1), Münster 1992, S. 587-593, hier S. 588: Lage und Patrozinien sprechen für Zuordnung Friduwis zu den Ahnen der Billunger. Die in der Urkunde Ottos III. greifbare Konstellation könnte allerdings auch gegen die eine kontinuierliche Beziehung der Billunger zum Metelener Kloster sprechen. Für die Frage nach „Eigenkirchenrecht“ ist der Kontinuitätsverdacht aber nachrangig, wesentlich ist die Situation von 993.

Schon in Arnulfs Diplom sind die königlichen Rechte an der Neugründung wesentlich beschränkter, als nach der Übertragung des Erbguts an ihn möglich gewesen wäre. Der König hat im Wesentlichen schützende Funktion, zum einen in Bezug auf Übergriffe königlicher Amtsträger, zum anderen wohl in Hinsicht auf Verwandte Friduwis. Anscheinend fürchtete Friduwi konkurrierende Ansprüche auf ihre Erbschaft, die sie durch Übertragung an den König auszuschalten suchte³⁹. Für Versuche von *coheredes*, nach erfolgter Klostergründung noch Erbensprüche auf Teile der Klosterdotationsgüter durchzusetzen, gibt es einige drastische Belege. Dieser Gefahr für das Kloster vorzubeugen, darf als ein wesentliches Motiv gelten, den königlichen Schutz zu erbitten, insbesondere, wenn erbrechtlich schlechter als Männer gestellte Frauen ein Kloster gründen wollten⁴⁰.

Otto III. war die Schenkung Friduwis an Arnulf nicht der Rede wert. Er sprach lediglich von dessen Erlaubnis zur Gründung und vom Königsschutz. Zudem interpretierte er die Vorgaben Arnulfs entsprechend der mittlerweile für die sächsischen Frauenklöster üblich gewordenen Verhältnisse. Arnulf hatte, ähnlich wie im Falle Möllenbecks, der Familie vorbehalten, die Äbtissin zu stellen, allerdings nur, falls eine Verwandte Friduwis in das Kloster eingetreten sein sollte. Otto III. ignorierte den Vorbehalt des Familienabbatiats zur Gänze und sprach von freiem Wahlrecht. Auch die Angaben zur Vogtei interpretierte er neu. Die Auswahl des Vogtes, zu der Arnulf keine Angaben gemacht hatte, lag nach Ottos Auffassung beim Konvent. Zudem waren die mit der Vogtei umrissenen Aufgaben von der Jurisdiktion um allgemeine Verwaltungsbefugnisse erweitert⁴¹. Entscheidend ist aber, dass Otto III. die Klage als die der Metelener Sanktimonialen auffasste, nicht als die der Billunger. Als letztere mithin einhundert Jahre nach der Klostergründung vor Otto III. ihren Einfluss auf Metelen zu behaupten suchten, führte das nicht zur Verstärkung vermeintlich eigenherrschaftlicher Rechte, sondern zu einer deutlicheren Akzentuierung der „Freiheit“ des Klosters: Der einzige rechtlich geregelte Zugriff von außen lag aber sowohl im 9. wie auch im 10. Jahrhundert in der Bestätigung

³⁹ Diese Annahme lässt sich der Vermutung über die kontinuierliche Bindung des Klosters an die Billunger durchaus vereinbaren.

⁴⁰ Diesen Aspekt betonen allgemein sehr stark HEINEKEN, Anfänge (wie Anm. 22), mit Beispielen S. 50-53, LEYSER, Herrschaft (wie Anm. 22), S. 105-115, und WOOD, Proprietary Church (wie Anm. 8), S. 362-364.

⁴¹ Vgl. HEINEKEN, Anfänge (wie Anm. 22), S. 55-60.

bzw. Einsetzung des Vogts durch den König. Der Fall Metelen zeigt jedoch vor allem, wie wenig sinnvoll eine rein rechtshistorische Perspektive ist; offensichtlich waren die Handlungsmöglichkeiten der Metelener Frauengemeinschaft 993 weniger durch die rechtliche Privilegierung als die sozialen Beziehungen der Billunger zu Kloster und König bestimmt.

Weil hier nur eine selektive Untersuchung auf Grundlage ausgewählter Quellen durchgeführt worden ist, müssen in aller Kürze noch die wichtigsten Argumente dafür angesprochen werden, dass die sächsischen Frauenklöster zunächst „Teil des Familienvermögens“ blieben. Johanna Heineken machte für diese These insbesondere zwei Beobachtungen geltend: Weder die Verwaltungsrechte noch die jurisdiktionellen Befugnisse der Äbtissinnen seien in den Urkunden des 9. Jahrhunderts explizit festgelegt worden. Unter Hinweis auf Zeugnisse „aus anderen Gegenden“ folgerte Heineken, dass besagte Tätigkeitsfelder weiterhin in die Kompetenz von männlichen Familienangehörigen oder, wenn es solche nicht mehr gab, der hinzugezogenen Bischöfe fielen⁴². Obwohl Heineken im Wesentlichen *e silentio* argumentierte und Sicherheit in diesen Fragen nicht zu erlangen ist, ist ihre Hypothese durchaus plausibel. Allerdings scheint es mir unglücklich, diese Beobachtungen unter die Formel vom gemeinsamen „Familienvermögen“ zu bringen und so in der Beschreibung gleichsam zu verdinglichen. Vom Deutungsmodell Stiftung her sind Heinekens Hinweise zunächst einmal in Handlungszusammenhänge einzuordnen. Die Stiftung von Klöstern war immer ein langgestreckter Prozess, der gerade in der Anfangsphase beträchtliche Unterstützung in verschiedenster Weise brauchte und ohne Zweifel oft erst schrittweise langfristige Lösungen hervorbrachte, sei es in Bezug auf die rechtlichen Verhältnisse, die Verwaltung, den Kirchenbau oder die Lebensform. Herrschaftliche Interessen der Gründerfamilien haben dabei zweifellos eine Rolle gespielt.

Die im 10. Jahrhundert in Sachsen gegründeten Frauenklöster müssen nach Heinekens Untersuchung als Stiftungen eingeordnet werden. Trotzdem sei hier ein „Musterfall“ vorgestellt, um in einem anderen Zugriff die Fallgruben einer auf das Modell „Eigenkirche“ verengten rechtshistorischen Interpretation vorzuführen. Dabei sollen die expliziten rechtlichen Auflagen mit dem Handeln der Gründerfamilie einerseits und den Vorstellungen über deren Verhältnis zur Klostersgemeinschaft andererseits ins Verhältnis gesetzt werden. Die gute Quellenlage, die ein solches Vorgehen braucht,

⁴² Ebd.

bietet die Überlieferung des Kanonissenstifts Quedlinburg, gestiftet im Jahr 936. Weil die Quedlinburger Gründung die erste des 10. Jahrhunderts war und zudem auch in rechtlicher Hinsicht bald als Vorbild für andere Frauengemeinschaften fungierte, darf den Ergebnissen auch über den Einzelfall hinaus Aussagekraft zugeschrieben werden⁴³.

Die Urkunde Ottos I. vom 13. September 936 erweist das Quedlinburger Kloster eindeutig als Stiftung⁴⁴. Sie ist im Unterschied zu denen des 9. Jahrhunderts eine Gründungsurkunde im Wortsinn, nicht lediglich eine von den Gründern eingeholte königliche Privilegierung. Deshalb sind nicht nur die rechtlichen Regelungen, sondern die Erwartungen der Stifter an die begründete Gemeinschaft hier recht genau zu fassen. In Ottos des Großen Diplom wird zuerst die Sorge um das Seelenheil als Stiftungsmotiv, das ewige Lob Gottes und das Gedenken an den Herrscher und „die Seinigen“ als Stiftungszweck angeführt (*pro remedio animae nostrae atque parentum successorumque nostrorum ... nostri nostrorumque omnium memoria perpetretur*). Als Ausstattung erhielten die Kanonissen die Quedlinburger Burg, außerdem alles, was Otto zuvor den Klerikern vor Ort geschenkt hatte, wie auch den Neunten der Erträge des Königshofes und anderes mehr. Otto schenkte der Frauengemeinschaft zudem das Kloster in Wendhausen mit allem zugehörigen Besitz⁴⁵. Er verlieh ihr den Schutz der jeweiligen Könige, erklärte sie für unabhängig von jeder anderen Gewalt und reservierte

⁴³ Urkunden, mit denen sächsischen Frauenkonventen nach oder mit der Gründung dieselben Rechte gewährt wurden wie Quedlinburg (und anderen genannten Vorbildern, meist Gandersheim und Essen), sind die folgenden: DD O II 67, 167 = Die Urkunden Otto des II., hg. v. Theodor SICKEL (MGH, Diplomata regum et imperatorum Germaniae 2, 1), Hannover 1888, Nr. 67 S. 79f.; Nr. 167 S. 189-191; DD O III 326, 363 (wie Anm. 37), Nr. 326 S. 75f.; Nr. 363 S. 792f.; DD H II 40, 87 = Die Urkunden Heinrichs II. und Arduins, hg. v. Harry BRESSLAU/Hermann BLOCH/Robert HOLTZMANN u. a. (MGH, Diplomata regum et imperatorum Germaniae 3), Hannover 1900-1903, Nr. 40 S. 4; Nr. 87 S. 109.

⁴⁴ D O I 1 (wie Anm. 33), Nr. 1 S. 89f.

⁴⁵ Wendhausen war nach dem Wortlaut der Urkunde also Quedlinburger Eigenkloster. Die Äbtissin des Wendhausener Klosters hatte den Quedlinburger Stiftungsprozess boykottiert, indem sie sich den Plänen der Stifter und der sächsischen principes verweigert hatte, deren Töchter von Wendhausen nach Quedlinburg überzusiedeln. Otto ergriff mit der Übereignung an Quedlinburg also das letzte Mittel, um die Äbtissin gefügig zu machen. Die später von den Quedlinburger Äbtissinnen gegründeten Einrichtungen standen unter Quedlinburger Aufsicht, waren aber keine Eigenklöster. Vgl. demnächst meine Dissertationsschrift. Ob Wendhausen tatsächlich wie ein Eigenkloster behandelt wurde, habe ich nicht überprüft.

die Vogtei dem jeweils Mächtigsten der eigenen Familie (*nostrae namque cognationis qui potentissimus sit, advocatus habeatur*). Die Gemeinschaft erhielt das Recht, die Äbtissin frei unter sich auszuwählen, sollte keinem Menschen gehorchen außer Otto I. und seinen Nachfolgern und weder einem König noch einem Bischof irgendeinen Dienst schuldig sein (*His ita peractis, ut liberam inter se eligendi abbatissam ulterius habeat potestatem, concessimus, ea videlicet ratione ut nulli hominum umquam nisi tantum nobis nostrisque successoribus obtemperet aut quilibet regum aut episcoporum personae aliquod servitium ab ea impendantur*).

Herrschaftlicher Zugriff und Selbstbestimmung der Kanonissengemeinschaft hielten sich nach dem Zeugnis der herrscherlichen Stiftungsurkunde mehr oder weniger die Waage. Die in den folgenden Jahrhunderten geübte Praxis sah allerdings anders aus. Schon bei der Gründung erhielten die Kanonissen keine Äbtissin. Deren Leitungsfunktion füllte stattdessen Ottos I. Mutter Mathilde aus, ohne jedoch den Schleier zu nehmen. Mathilde war, auch wenn die Urkunde Ottos das nicht erkennen lässt, die Initiatorin der Stiftung und hatte auch den größten Teil zur Ausstattung beigetragen. Die von Otto übereigneten Güter waren Bestandteil ihres Wittums⁴⁶. Der Königswitwe Mathilde folgte ihre gleichnamige Enkelin, die den Quedlinburger Kanonissen schon früh zur Erziehung übergeben worden war, als erste Äbtissin nach. Nach deren Tod übernahm Ottos III. Schwester Adelheid das Amt. Als die Ottonen im Mannesstamm ausstarben, übernahmen salische Königstöchter die Leitung des Stifts. Von freier Wahl kann kaum die Rede sein.

Die Wahl und Einsetzung der jüngeren Mathilde zur Quedlinburger Äbtissin war noch zu Lebzeiten ihrer Großmutter erfolgt, kurz vor dem zweiten Italienzug Ottos des Großen. Vielleicht war der Zeitpunkt bewusst so gewählt, weil Otto, bevor er für längere Zeit fern war, die Einsetzung

⁴⁶ D H I 20 (wie Anm. 33), Nr. 20 S. 56; vgl. Ulrich REULING, Quedlinburg. Königspfalz, Reichsstift, Markt, in: Deutsche Königspfalzen. Beiträge zu ihrer historischen und archäologischen Erforschung IV: Pfalzen – Reichsgut – Königshöfe, hg. v. Lutz Fenske (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 11, 4), Göttingen 1996, S. 184-247, hier S. 194-200; neben Reuling zu Quedlinburg generell Joachim EHLERS, Heinrich I. in Quedlinburg (wie Anm. 26) und Doris BULACH, Quedlinburg als Gedächtnisort der Ottonen. Von der Stiftsgründung bis zur Gegenwart, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 101-118.

seiner Tochter zur Äbtissin sicherstellen wollte⁴⁷. In den Quedlinburger Annalen wird die Einsetzung der jüngeren Mathilde in bezeichnender Weise beschrieben und kommentiert. Abgefasst wurde die entsprechende Passage bald nach der Jahrtausendwende wohl von einer der Quedlinburger Kanonissen⁴⁸. Über die Einsetzung der ersten Äbtissin schreibt die Annalistin, Mathilde sei im Alter von elf Jahren mit der *Metropolitae sibi haereditariae* betraut worden, obwohl sie einer so großen Würde nicht gewachsen gewesen sei, auf den Rat der kaiserlichen Väter hin wie auch durch gemeinsame Wahl und unter dem beständigen Segen der Bischöfe⁴⁹.

Die Quedlinburger Annalen könnten als Kardinalzeugnis für eigenkirchliche Vorstellungen gelesen werden. Doch lohnt ein genauerer Blick. Es scheint, als habe die Annalistin mit wenigen Zeilen Bezug auf ganz verschiedene Rechtssetzungen oder -gewohnheiten genommen. Einerseits schrieb sie vom Recht der Kirche – der Weihegewalt der Bischöfe und womöglich auch den Vorschriften über das Mindestalter kirchlicher Würdenträgerinnen. Denn als Hinweis auf letztere könnte die nicht sonderlich passend wirkende Bemerkung über die für Mathilde übergroße Last des Amtes zu verstehen sein, in der ein leiser Tadel mitzuschwingen scheint. Außerdem nahm die Annalistin Bezug auf die Rechte ihres Konvents, also auf die gemeinsame Wahl. Während nicht zu sagen ist, ob sie über die Bestimmungen des Kirchenrechts genau oder nur vom Hörensagen informiert war, ist die Vertrautheit der Annalistin mit der Stiftungsurkunde Ottos I. sehr wahrscheinlich. Die Geschichte der Quedlinburger Stiftung war wichtigster Leitfaden ihrer gesamten Darstellung; sie dürfte im Prozess der

⁴⁷ So LEYSER, Herrschaft (wie Anm. 22), S. 83 Anm. 4 u. 5, der aber zu einseitig mit der Versorgung Mathildes argumentiert.

⁴⁸ Zu Verfasserschaft, Abfassungsphasen, Gesamtanlage und kritischer Einordnung vgl. die konzise Einleitung in der Neuedition: Die Annales Quedlinburgenses, hg. v. Martina GIESE (MGH, Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum separatim editi 72), Hannover 2004, S. 41-377, hier v. a. 41-101. Im Anschluss an Giese S. 63 wird hier von einer Frau als Verfasserin gesprochen, obgleich letzte Sicherheit in dieser Frage nicht zu erzielen ist. Angesichts der Abfassungszeit muss vermutet werden, dass in den Quedlinburger Annalen die Wahl und Einsetzung nicht Mathildes, sondern Adelheids (der Schwester Ottos III., die 999 ins Amt gekommen war) den Hintergrund der Schilderung darstellen. Doch ist die Frage nach der Authentizität des Berichts hier ohnehin nicht von Belang, weil es um Vorstellungen geht.

⁴⁹ Annales Quedlinburgenses (wie Anm. 48), a. 999, S. 500. Der Passus wird im Kontext zitiert unten bei Anm. 53.

Konzeption und Niederschrift also die im Stift aufbewahrten Dokumente studiert haben und genau über das Recht ihrer Gemeinschaft auf freie Wahl im Bilde gewesen sein. Als mit der Stiftungsurkunde im Einklang konnte sie allerdings auch den „Rat“ des Kaisers bei der Wahl der Äbtissin bewerten, hatte Otto doch festgesetzt, die Kanonissen sollten – nur – ihm und seinen Nachfolgern gehorsam sein. Wenn die Annalistin vom „Rat“, nicht aber vom „Willen“, „Wunsch“ oder „Befehl“ des Kaisers sprach, konnte sie, ob intendiert oder nicht, verschiedene Widersprüche darstellen, ohne sich damit explizit auseinandersetzen zu müssen: denjenigen zwischen freiem Wahlrecht und Gehorsamspflicht ebenso wie den zwischen kanonischen Altersvorgaben und der Jugend Mathildes. Wie aber konnte die Quedlinburger Historiographin im Zusammenhang mit der Wahl Mathildes der kindlichen Kandidatin anstandslos „Erbrecht“ zusprechen?

Natürlich könnte man der Verfasserin fehlende analytische Fähigkeiten attestieren. Im Sinne der „doppelten Theoriebindung“ des Historikers⁵⁰ ist aber zunächst zu fragen, ob die Quedlinburgerin überhaupt die Rechtslage schildern wollte. Die anonyme Verfasserin, dies vorweg, muss als gelehrte Frau angesehen werden, die ihre Bildung gern in komplizierten Satzgefügen demonstrierte und so zugleich an die jüngeren Quedlinburger Frauen weitergab. Denn ihr Werk dürfte in der Quedlinburger Stiftsschule Pflichtlektüre gewesen sein. Heilsgeschichte, ottonische Reichs- und Familiengeschichte, vor allem aber die „Eigengeschichte“ der Stiftung und der Versuch, spezifische Ordnungs- und Wertvorstellungen zu vermitteln, bestimmten die Darstellung⁵¹. Die Ausführungen der Annalistin waren also im weitesten Sinne auf Legitimation, nicht unmittelbar auf geltendes Recht bezogen.

Der weitere Kontext der oben wiedergegeben Passage über Mathildes Übernahme der Äbtissinnenwürde ist eine Art biographischer Exkurs,

⁵⁰ Johannes FRIED, „Gens“ und „regnum“. Wahrnehmungs- und Deutungskategorien politischen Wandels im frühen Mittelalter. Bemerkungen zur doppelten Theoriebindung des Historikers, in: Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen, hg. v. Jürgen Miethke, Sigmaringen 1994, S. 73-104.

⁵¹ So die Herausgeberin GIESE in *Annales Quedlinburgenses* (wie Anm. 48). Der Begriff „Eigengeschichte“ nach Karl S. REHBERG, Zur Konstruktion kollektiver „Lebensläufe“. Eigengeschichte als institutioneller Mechanismus, in: Gründungsmythen, Genealogien, Memorialzeichen. Beiträge zur institutionellen Konstruktion von Kontinuität, hg. v. Gert Melville/Karl S. Rehberg, Köln 2004, S. 3-18.

den die Historiographin nicht zum Jahr der Wahl (966), sondern zum Todesjahr Mathildes (999) in die Darstellung einbringt. In umfassender Weise wird darin das Wirken der Äbtissin in den verschiedensten Bereichen gewürdigt. Es geht in der Passage zweifelsohne auch darum, den als Publikum anvisierten Kanonissen (und der Äbtissin) ein *exemplum* vor Augen zu stellen. Im Passus zur Übernahme des Abbatiats akkumuliert die Autorin zudem eine ganze Reihe legitimierender, den Status der Äbtissin und auch der Stiftung kennzeichnender Aspekte. Zu den schon genannten, die sich auf rechtliche Sachverhalte beziehen lassen, treten hinzu: das Metropolis-Prädikat, von den Zeitgenossen sonst nur zur Kennzeichnung der bischöflichen Würde, Kirche oder Stadt benutzt⁵²; die dem Bericht über die Wahl vorgeschaltete Erinnerung daran, Mathilde sei von zepterführenden Eltern geboren; schließlich die Erwähnung von Eigenschaften, die der geistlichen Lebensführung zugute kommen mussten. Ehrbar und züchtig, ein Kind mit guten Anlagen, sei Mathilde früher als ihre Altersgenossinnen an Leib und Seele gereift gewesen, nie irregehend in den ihr übertragenen Aufgaben, außer – in der Kunst der Regierung⁵³. Bei allem Lob für Mathilde, dem im Anschluss an den Passus zur Wahl noch viel Raum gegeben wird, scheut sich die Historiographin also nicht, auf die ihrer Meinung nach verfrühte Amtsübernahme Mathildes explizit einzugehen. Weitere negative Bemerkungen finden sich nicht. Die singuläre Kritik dürfte mit dem Erlebnishorizont der Annalistin oder ihrer Gewährsleute zusammenhängen⁵⁴. Die mit der Jugend Mathildes verbundenen Fehlentscheidungen mussten vornehmlich im Stift selbst wirksam geworden sein. Mathilde übernahm die von Zeitgenossen und moderner Forschung viel beachteten und auch in den Quedlinburger Annalen herausgehobenen

⁵² Vgl. REULING, Quedlinburg (wie Anm. 46), S. 224-229.

⁵³ *DCCCCXCIX. Nam insignissima imperatoriae prolis gemma, Mechthild, magni Ottonis augusti filia, quae, ut saepe memoravimus, sceptrigeris edita parentibus, virescentis rudimenta infantiae bonae indolis utpote ipsius coronae filia honesta decenter nutricum sub cura transcendit, quae florida dehinc vacillantibus temporibus iuventutis corpore sensibusque plus caeteris id aetatis maturescens nilque sibi commissi extra regiminis disciplinam errabunda reliquens, amabilis, affabilis, pia, cunctis largior quam sibi degebat, undecimo ortus sui anno metropolitae sibi haereditariae, licet tantis impar oneribus, imperatorum tamen consulto patrem nec non communi electione, antistitum benedictione perpetua regendo praeficitur. Annales Quedlinburgenses a. 999, S. 499f.*

⁵⁴ Zu diskutieren wäre, ob hier außerdem ein gezieltes Darstellungsmittel vorliegt, um das positive Mathildenbild stärker mit Authentizität auszustatten.

weltlichen Aufgaben, darunter die Stellvertretung im Reich, erst wesentlich später; desgleichen wurde sie als Gründerin von Klöstern erst in „reifem“ Alter aktiv. Diese Betätigungen aber waren für die Quedlinburger Kanonissen weniger nah mitzuerleben und wohl kaum zu kritisieren. Liest man die Bemerkungen zur Einsetzung Mathildes als Äbtissin im Kontext, erscheinen die Ausführungen zur Wahl nicht mehr geprägt durch den Gegensatz von Erb- und Kirchenrecht, sondern als einander ergänzende legitimierende Gesichtspunkte, die der Inkompetenz der kindlichen Äbtissin gegenübergestellt wurden und den Hinweis darauf vielleicht erst möglich machten, weil sie ihn „abfederten“. Dass mit den Bemerkungen zum Erbrecht Mathildes kein rechtlicher Anspruch, sondern ein legitimierender Aspekt unter anderen gemeint war, kann weiter erhärtet werden. Anhand der urkundlichen Überlieferung des Stifts lässt sich nachweisen, wie genau die ottonischen Herrscher unterschieden zwischen Schenkungen an die Quedlinburger Sanktimonialen als Gemeinschaft und solchen, die ins persönliche Eigentum der Äbtissinnen übergehen sollten. Sie statteten die ihnen eng verwandten Frauen gesondert aus, die somit nicht auf das Stiftungsgut zurückgreifen mussten, um sich persönliche Wünsche zu erfüllen⁵⁵. Zudem erscheint die Argumentation mit dem „Erbrecht“ in den Quedlinburger Annalen noch öfter, worauf schon Martina Giese hingewiesen hat: So heißt es zur Wahl der zweiten ottonischen Äbtissin Adelheid, diese sei ihrer Tante Mathilde nach dem Recht der Verwandtschaft im Erbe gefolgt. Ebenso wird behauptet, Otto der Große habe das Königtum *iure hereditario* erhalten und (an anderer Stelle) nach dessen Tod sei Italien seiner Gemahlin, Kaiserin Adelheid *hereditario iure* zugefallen. Kein Historiker würde aufgrund dieser Aussagen das ottonische Reich als Erbmonarchie bezeichnen, und auch Giese wertet sie nicht als „Rechtssätze“, sondern als Legitimationsmuster: „Zur Rechtfertigung von Herrschaft dient in besonderer Weise das Erbrecht.“⁵⁶ Neben diesem seien andere

⁵⁵ D O II 77 (wie Anm. 43), Nr. 77 S. 93f., bestätigt mit DO III (wie Anm. 37), Nr. 35 S. 434: Äbtissin Mathilde erhält die Höfe in Barby, Zitz und Nienburg. Seine Schwester Adelheid stattet Otto mit denselben Gütern aus, fügt aber mit einer gleichzeitigen zweiten Urkunde noch die Provinz Gera hinzu: DO III (wie Anm. 37), Nrn. 321f., S. 747f.; vgl. REULING, Quedlinburg (wie Anm. 46), S. 220-223.

⁵⁶ GIESE in der Einleitung zur Edition der *Annales Quedlinburgenses* (wie Anm. 48), Zitat S. 90. Belege: a. 999 S. 504 zur Wahl Adelheids: *haereditati aviae suae Mechthildis iure propinquitatis successit*; a. 937 S. 459 zu Otto I. Gieses Diskussion in Bezug auf Herrschaftslegitimation S. 89-97.

legitimitätsstiftende Aspekte zu beobachten. In kaum aufzulösendem Zusammenhang mit dem Erbrecht ist dabei Verwandtschaft anzuführen; zudem Idoneität durch herrschaftliche Tugenden, und zwar für männliche und weibliche Familienangehörige gleichermaßen; schließlich Wahl und Salbung der Herrscher. Für die Quedlinburger Äbtissinnen sind dem Wahl und Weihe hinzuzufügen. Am Bericht über die Wahl der auf Mathilde folgenden Äbtissin Adelheid sei hier abschließend nochmals verdeutlicht, dass die Quedlinburger Annalistin nicht eine besondere Auffassung von Recht beschrieb, sondern ein Set verschiedener Wertvorstellungen zur Darstellung brachte.

Otto III. weilte in Italien, als seine Tante Mathilde starb. In Absprache mit dem Billunger Herzog Bernhard wählten die Kanonissen Ottos Schwester Adelheid – ebenfalls in Quedlinburg erzogen – zur Nachfolgerin (*in dominam et matrem sibi unanimiter eligunt*). Dann benachrichtigten sie deren Großmutter, die Kaiserin Adelheid, und im Anschluss den Herrscher. Der, nach angemessener Verstörung ob des Trauerfalls, sandte den Quedlinburger Kanonissen seinen Dank für die Obsequien, die man für seine ehrwürdigen Tante gefeiert hatte, und für die Wahl seiner Schwester und entschied, diese solle die Würde einer geistlichen Mutter übernehmen – indem er nicht befahl, wie er konnte, sondern, wie es einen frommen Mann auszeichnete, darum bat⁵⁷. Klein scheint das Recht vor der Frömmigkeit.

Manchem mag der Versuch, zwischen Erbrecht und durch das Erbrecht inspirierten Auffassungen von Legitimität zu differenzieren, als übereifriger Versuch einer Stiftungsforscherin erscheinen, gewissermaßen ihren Gegenstand zu retten. Doch geht es um mehr. Dass es zur Rekonstruktion mittelalterlichen Rechts nötig ist, über die normativen Quellen hinaus auch diejenigen einzubeziehen, die über die rechtliche Praxis berichten, ist alles andere als neu. Methodisch aber – dies sollte das Quedlinburger Beispiel verdeutlichen – ist dieser Weg mit großen Mühen verbunden, weil

⁵⁷ *Annales Quedlinburgenses* (wie Anm. 48), a. 999, S. 505f.: *imperator ... pro obsequiis venerandae suae amitae exhibitis et grates pro electione sororis sanctae congregationi remandat innumeras eamque honori et oneri matris spiritualis non, ut potuit, imperando, sed, ut pium decuit, postulando succedere postulavit*. Die Übersetzung der älteren Ausgabe überträgt obsequiis mit „Gehorsam“. Im Kontext der Passage scheinen mir aber die Totenrituale das zu sein, was gemeint ist. Die Jahrbücher von Quedlinburg. Nach der Ausgabe der MGH übers. v. Eduard WINKELMANN (Die Geschichtsschreiber der deutschen Vorzeit, X. Jahrhundert 9), Berlin 1862, S. 18.

eben immer aufs Neue zu klären ist, inwiefern bestimmte Äußerungen, Entscheidungen oder Praktiken überhaupt als rechtliche zu qualifizieren sind. Für die Erforschung von Stiftungen ist der hier angerissene Problembereich besonders wichtig, weil im Mittelalter erst allmählich die Grundlagen für ein einheitliches Stiftungsrecht sich auszubilden begannen⁵⁸. Verschiedene, nicht per se zusammenhängende Rechtssetzungen, Ordnungsvorstellungen, Denkweisen und Praktiken müssen untersucht werden, wenn man nachvollziehen will, welche Tendenzen sich dabei durchsetzten, ob und wie die disparaten Erscheinungen und Diskurse zusammenwirkten.

Das Stutz'sche Modell, so scheint mir, muss dringend kritisch hinterfragt werden. Es ist nicht damit getan, sich das „Germanische“ daraus wegzudenken. Die Grundannahme von einer stets und überall wirksamen Rechtsidee impliziert nicht nur eine nahezu statische Auffassung von Ethnien in der Geschichte, sondern auch eine von selbst ablaufende Entwicklung. Mit der „Eigenkirchenidee“ gab Stutz ein reduktionistisches Interpretament vor, das bis heute weiterwirkt, wenn vorschnell von Resten, Einflüssen oder Transformationen des Eigenkirchenrechts ausgegangen wird. Auf diese Weise vermittelt die Rede von Eigenkirchen inadäquate Konzepte des 19. Jahrhunderts an die moderne Forschung. Vielleicht kann das Konzept „Eigenkirche“ nach kritischer Sichtung in einen Idealtyp transformiert und weiter als Arbeitswerkzeug benutzt werden. Jedenfalls aber kann und muss die Konstitution von Recht heute anders beschrieben werden, als Stutz das tat. Gerade für die frühmittelalterlichen Verhältnisse, in denen personale Bindungen einen so hohen Stellenwert hatten, scheint die Erklärung historischer Phänomene von einem Rechtssystem her oder darauf hin unangebracht.

Die sächsischen Klostergründer des 9. und 10. Jahrhunderts waren keine Agenten der „Eigenkirchenidee“. Sie stifteten. Ihre Reservatrechte waren durch die Bereitstellung von Eigentum begründet und legitimiert. Wenn auch jeder Stifter aufgrund seiner Gabe gestaltende Kompetenz beansprucht, so wird man aufgrund der Regelungen über Familienabbat und -vogtei die Mehrzahl der sächsischen Frauenklöster als stark herrschaftlich bestimmte Stiftungen bezeichnen müssen. Zudem behielten sich

⁵⁸ Vgl. zur Rechtsgeschichte der mittelalterlichen Stiftungen zuletzt Michael BORGOLTE, Von der Geschichte des Stiftungsrechts zur Geschichte der Stiftungen, in: Hans Liermann, Handbuch des Stiftungsrechts, ND 1963, hg. v. Axel Frhr. von Campenhausen/Christoph Mecking, Tübingen 2002, S. 13*-69*.

die Stifter häufig die Nutznießung der Klosterdotation auf Lebenszeit vor, womit sie sich nach verschiedenen Seiten absicherten: gegen konkurrierende Erbensprüche und gegen Fehlschläge im Gründungsprozess. So konnten sie außerdem Ansprüche auf Überordnung, Status und Gestaltung innerhalb der Frauengemeinschaften leichter durchsetzen, was insbesondere in der Gründungsphase der Klöster von großer Wichtigkeit gewesen dürfte. Der herrschaftliche Zugriff der Stifterfamilien, wenn denn die Stiftung nicht gerade durch das Aussterben einer solchen motiviert war, wurde aber gerade nicht über dauerhafte Eigentumsrechte garantiert. Ebensowenig suchten Bischöfe und Königtum die jungen Gründungen zu ihren Eigenkirchen zu machen⁵⁹. Die sächsischen Frauengemeinschaften gingen denn auch in der Folge ganz verschiedene Wege, stärker hinein in die rechtliche Abhängigkeit von Laienadel, Königen und Bischöfen oder auch hin zu größerer Selbständigkeit⁶⁰. Sie waren keine Eigenkirchen, sie hatten kein Schicksal.

⁵⁹ Mit der Frage nach dem Rechtsstatus der Klöster, die sich aus der königlichen Privilegierung ergab, insbesondere der problematischen Einordnung als Reichskirchen, hat sich kritisch befasst: Caspar EHLERS, *Der helfende Herrscher* (wie Anm. 22), passim.

⁶⁰ Eine Übersicht und einzelne Fallstudien dazu bei Ulrich ANDERMANN, *Die unsittlichen und disziplinlosen Kanonissen. Ein Topos und seine Hintergründe*, in: *Westfälische Zeitschrift* 146 (1996), S. 39-63.